

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5246.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Die Hannoversche Tagung der Steindruckunternehmer. Rundschau. Wirtschaftliche Monatschau. Der internationale Arbeitslosigkeitskongreß in Paris, II. Aus der Reichsversicherungskommission, XI. Briefkasten der Redaktion. — **Allgemeines:** Schulung zum Kampf. Aus einer christlichen Firma. Ortsberichte: Hamburg, Heilbronn, Lübeck, Saalfeld. — **Der Lithograph:** Deutscher Lithographenbund in Liquidation. Mißverständnisse Originaltreue. — **Der Steindrucker:** Die Entwicklung unsrer Berufsverhältnisse, IV. Dietz, Beierl & Co. — **Die photomech. Fächer:** Zum Lichtdruckertarif. Aus den Sektionen: Magdeburg. — **Feuilleton:** Eingänge. — **Anzeigen.**

Die Hannoversche Tagung der Steindruckunternehmer.

Am 25. September fand in Hannover die Jahres-Generalversammlung des Verbandes deutscher Steindruckereibesitzer und seiner beiden Abteilungen Schutzverband und Fachverband statt. Den Reigen der Verhandlungen leitete der Schutzverband ein, dessen Generalversammlung vormittags 10 Uhr eröffnet und mittags 1 Uhr geschlossen wurde. Unmittelbar darauf fand die Generalversammlung des Fachverbandes statt, die um 2 Uhr nachmittags zu Ende war. Den Abschluß bildete die Tagung des Gesamtverbandes, die bis um 2 1/2 Uhr, also eine volle halbe Stunde dauerte. Es ging demnach alles wie geschmiert und in 4 1/2 Stunden war der ganze Rummel zu Ende. Beim gemeinsamen Festessen im Künstlerhaus erholten sich dann die Teilnehmer an der Generalversammlung von der ach so schwierigen und anstrengenden Beratung.

Nach dem Bericht im »Deutschen Steindruckergewerbe« haben Diskussionen fast gar nicht stattgefunden; diese hätten ja schließlich auch Zeit gekostet, die für die wichtigen »geselligen Veranstaltungen« verloren gegangen wäre. Es ist daher kein schlechter Witz, wenn das Unternehmerblatt betont, daß die verschiedenen Versammlungen »sehr angeregt verlaufen seien. Die Freunde eigener ernster Arbeit sind eben im Unternehmertum sehr dünn gesät. Das hat auch diese Galopp-Generalversammlung wieder gezeigt. Was den Herren Steindruckereibesitzern durch ihre Vorstands- und Ausschußverireter vorgekauft wurde, schluckten sie willig und widerspruchslos in dem angenehmen Bewußtsein, mit der Zumutung zu eigener Denkarbeit verschont geblieben und damit vor Verdauungsstörungen bewahrt worden zu sein.

Der Ausschuß selbst soll allerdings schon vom 23. September nachmittags bis in die späten Abendstunden des 24. September Sitzungen abgehalten haben, »während die Kollegen aus Hannover in liebenswürdigster Weise für die Bewirtung sorgten«, so daß den Herren hoffentlich auch diese Beratungsarbeit nicht allzu sauer geworden ist. Was man in den Sitzungen ausgeheckt hatte, das akzeptierten die Generalversammlungen widerspruchslos. Trotzdem letztere natürlich streng geheim abgehalten wurden und die Berichte an die Fachpresse sorgfältig redigiert worden sind, lassen letztere doch erkennen,

mit welchem Eifer die Leitung der Unternehmerorganisation nach Maßnahmen suchte, um jede Regung der Arbeiterschaft niederzuhalten. Das wird allerdings wie bisher so auch in Zukunft ein frommer Wunsch und ein vergebliches Bemühen bleiben. Aber die Tatsache selbst muß die Arbeiterschaft des Steindruckergewerbes erneut anspornen, ständig auf der Hut zu sein und jeder gegen die Arbeiter gerichteten Maßnahme des Unternehmertums sofort ein wirksames Paroli zu bieten.

Die Generalversammlung des Schutzverbandes wurde im wesentlichen ausgefüllt durch die Erstattung des Geschäftsberichts für das Jahr 1909 durch den stellvertretenden Vorsitzenden Paul Wundsch. Dr. Gerschel war zwar anwesend, hat aber anscheinend bei den Verhandlungen kein Wort gesagt. Auf einige in dem Bericht behandelte Fragen wollen wir kurz eingehen.

Herr Wundsch ereiferte sich u. a. über die angeblich von den Gehilfen geübte Taktik der »Verweigerung der Ueberstunden, eine Frage, die sich allmählich zu einer Prinzipienfrage auswuchs, da die Gewerkschaft direkt darauf hinstrebte, jede Firma, die irgendwie Ueberstunden zu machen hatte, zu zwingen, von den Ueberstunden abzusehen und dafür neue Arbeitskräfte einzustellen, obwohl dies in recht vielen Fällen aus betriebstechnischen und anderen Gründen gar nicht möglich war.« Aus dieser Stellungnahme geht hervor, daß sich der Schutzverband krampfhaft bemüht, die Reservearmee der Arbeitslosen nicht durch Einschränkung der Ueberzeitarbeit zu verringern, sondern sie durch Ausdehnung der Ueberstundenzahl noch zu vergrößern, weil dann der Weizen des Unternehmertums am schönsten blüht. Das sind die Grundsätze des Schutzverbandes in der Ueberstundenfrage und von diesen Gesichtspunkten aus ist sie für ihn zu einer *Prinzipienfrage* geworden. Dieses offene Bekenntnis des Schutzverbandes vorstandes muß für die Gehilfenschaft erst recht Veranlassung sein, überall dort, wo noch neue Arbeitskräfte eingestellt werden können, diese Einstellung entschieden zu fordern, bevor dem Verlangen eines Unternehmers nach Leistung von Ueberstunden, deren Abschaffung nach unserm Statut schon an und für sich energisch angestrebt werden muß, Rechnung getragen wird. Nur dadurch werden wir die auf eine künstliche Vermehrung der gewerblichen Reservearmee gerichteten Pläne des Schutzverbandes zu vereiteln vermögen.

Mit Behagen behandelte Herr Wundsch auch das Urteil des Reinickendorfer Gewerbegerichts, das die wegen einer Bewegung des Hilfspersonals ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassenen Gehilfen mit ihren Entschädigungsansprüchen abwie. Wahrscheinlich soll diese Vereinbarungen in den Wind schlagende Taktik des Schutzverbandes auch in Zukunft befolgt werden. Ob er dabei große Lorbeeren ernten wird, wird sich noch zeigen. Wir haben es schon in No. 39 klar und deutlich zum Ausdruck gebracht und wir wiederholen es hier, daß wir jeden kündigunglosen Hinaus-

wurf unserer Kollegen wegen einer Bewegung einer Gruppe im Betriebe, mit der unser Verband nicht in Verbindung steht, d. h. also jede Aussperung unserer Mitglieder unter Kontraktbruch wegen eines Streiks der Mitglieder eines anderen Verbandes als einen Angriff gegen unsere Organisation betrachten müssen, der durch entsprechende Maßnahmen beantwortet werden wird. Die Folgen hat dann der den gewerblichen Frieden systematisch unterwühlende Schutzverband zu verantworten.

Nach dem Bericht im Unternehmerorgan machte Herr Wundsch in seinen weiteren Ausführungen »vertrauliche Mitteilungen über die *Gehilfen- und Lehrlingsversicherung* bei dem Unterstützungsverein »Senefelder« in Frankfurt a. M.« Wir begnügen uns mit der Registrierung dieser Stelle des Berichts, durch die das Unternehmerorgan selbst den gelben Charakter des Frankfurter Vereins offen eingesteht, den man bisher geflissentlich zu bemänteln suchte.

Mit ganz besonderem Nachdruck hat Herr Wundsch ferner auch die Wichtigkeit des *Lohnkatalogers* betont, eines Schmerzenskinds des Schutzverbandes, das bis jetzt weder leben noch sterben konnte. »Die Behauptung des Senefelderbundes, der Schutzverband wiese seine Mitglieder an, jedem neueintretenden Gehilfen nur den Lohn zu zahlen, den er laut Ausweis des Lohnkatalogers in seiner letzten Stelle bezogen habe, sei durchaus falsch und werde nur aus agitatorischen Gründen aufgestellt. Der Schutzverband will aber den unrichtigen Behauptungen über die Höhe früherer Lohnbezüge nachdrücklichst entgegenreten.« So behauptet Herr Wundsch, der es ja wissen muß. Der Lohnkataloger hat also nur den Zweck, die vom Lügenteufel besessenen Gehilfen zur Wahrheitsliebe zu erziehen; zur Erreichung dieses Zwecks werden vom Schutzverband keine Kosten und Mühen gescheut und immer wieder wird mit allem Nachdruck für die Beachtung des Lohnkatalogers eingetreten. So sang Herr Wundsch das hohe Lied vom selbstlosen, wahrheitskämpfenden Schutzverband. Schade, daß es nicht viel nützen wird, denn das unverbesserliche Gehilfenpack wird nach wie vor darauf pfeifen und sich durch strenge Beachtung des Auskunftssystems gegen die wirklichen Aufgaben des Lohnkatalogers zu wehren suchen.

Nach diesen Stichproben aus dem Bericht des Herrn Wundsch können wir es uns schenken, auf die verschiedenen Anrempelungen unseres Verbandes einzugehen, die sich Herr Wundsch sonst noch leistete. Sie sind genau so viel wert wie seine wahrheitstriefenden Ausführungen über den wahren Zweck des Lohnkatalogers, an die natürlich jeder steif und fest glaubt, der keine Knöpfe an den Hosen hat. Erwähnt sei nur noch, daß Herr Wundsch über die Münchener Prinzipale, die entgegen dem Willen des Schutzverbandes mit ihren Arbeitern in einem gedeihlichen friedlichen Verhältnis leben wollten, weshalb sie mit der graphischen Arbeiterschaft Münchens einen Tarif abgeschlossen und dem Schutzverband, der sie in seiner maßlosen Friedensliebe daran hindern wollte, den Rücken kehrten,

die Arbeitssuchenden unterrichten. Die Unternehmer nachweise sind zu verbieten und die private Stellenvermittlung zu unterdrücken.

Hinsichtlich der *Arbeitslosenversicherung* haben wir in Deutschland ebenso nur kommunale tastende Versuche, wie wir auch den paritätischen öffentlichen Arbeitssuchweis nur in ganz wenig Städten antreffen. Alle Einrichtungen dieser Art, ausgenommen die verunglückte Kölische freiwillige Versicherungskasse, sind Zuschuß- oder Unterstützungskassen, die sich mehr oder minder an das Genier System (Zuschuß an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenstellen) anlehnen. Für diese Art der Arbeitslosensicherung sind durch die Einrichtungen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen die erforderlichen statistischen und organisatorischen Grundlagen gegeben. Für die vom Pariser Kongreß angestrebte allgemeine öffentliche Arbeitslosenversicherung muß erst von den Regierungen durch die Organisation der Statistik, die Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises und durch den Willen zur Arbeitslosenversicherung die Grundlage geschaffen werden — und das wird noch sehr lange dauern. Eine derartige Versicherungseinrichtung muß von der Solidarität, von dem Gemeinsinn aller Mitglieder getragen sein. Der Mitgliedskörper der Gewerkschaften hat diese Qualitäten. Die Gewerkschaften haben durch die vorzügliche Organisation ihrer Unterstützungseinrichtungen und Kontrollmaßnahmen alle Voraussetzungen für eine angemessene Verwendung öffentlicher Beihilfen erfüllt und darum forderten deren Vertreter: Bis zur Durchführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung sind nach Maßgabe des Genier Systems wenigstens diejenigen zu unterstützen, die durch ihre eigene Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit sich ein moralisches Anrecht auf öffentliche Beihilfe erworben haben. Diese Auffassung fand Verständnis.

Der Kongreß wollte der Arbeitslosenversicherung dadurch vorarbeiten, daß er die komplizierte Frage der Kontrolle der Arbeitslosen erörterte. Der Generalberichterstatter *Dr. Falkenburg* Amsterdam betonte, daß sich die Kontrolle nicht nur auf die Tatsache der Arbeitslosigkeit, sondern auch auf ihre Fortdauer und die Unmöglichkeit, eine *gebührend entlohnte und der früheren ähnliche Beschäftigung* zu finden, erstrecken müsse. Die Kontrolle liegt in den Händen des Arbeitsnachweises. Die Arbeitslosen haben sich dort zur Kontrolle der Fortdauer der Beschäftigungslosigkeit täglich ein- oder zweimal zu melden, zu einer Zeit, wo in ihrem Berufe regelmäßig gearbeitet wird. Der Arbeitslose gilt als Arbeitssuchender und hat jede ihm zugewiesene Beschäftigung anzunehmen; bei Differenzen entscheidet die Gewerkschaft, der der Betreffende angehört. Wo kein Arbeitsnachweis besteht, haben die Gewerkschaften dessen Funktion zu übernehmen. Die Kontrolle über die Ausübung dieser Funktion steht dem Arbeitsloseninspektor zu. Aus diesen nötigen Kontrollmaßnahmen zog dann der Referent den Schluß, daß die ganze Kontrollfrage an die Entwicklung des Arbeitsnachweises geknüpft ist und zwar an die Entwicklung des öffentlichen, paritätisch geleiteten Nachweises. Im großen und ganzen waren die auch sonst noch aufgetauchten Vorschläge zu diesem Punkte das, was in den deutschen Gewerkschaften bereits praktisch geübt wird.

Hinsichtlich der Kostendeckung für die Arbeitslosenversicherung traten vielerlei Ansichten zutage. Ein Teil wollte die Kosten in derselben Weise beschafft haben, wie sie heute für die Arbeiterversicherung aufgebracht werden; diese Stimmen vertraten auch die Eingliederung der Arbeitslosenversicherung in die bestehende Arbeiterversicherung. Andere verfochten das nämliche, nur wollten sie die öffentlichen Gewalten stärker an der Kostendeckung beteiligen. Wieder andere forderten die Lastentragung durch Staat, Gemeinde und Unternehmer und wollten teilweise auch die Unternehmer, nach dem Grade der Verursachung der Arbeitslosigkeit (lange Arbeitszeit, Ueberstunden usw.), stärker herangezogen wissen.

All die bunten Vorschläge und Auslassungen würden praktisch nutzlos zerplüßern, wenn der Kongreß nicht in der Gründung der internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, einer nach dem Vorbilde der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz wirkenden Gesellschaft, eine Instanz geschaffen hätte, die die Verhandlungen des Kongresses kristallisiert und die in den verschiedenen Ländern wirkenden Bestrebungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammenfassen soll. Von da aus sollen dann alle die Arbeitslosigkeit betreffenden Auskünfte an die Interessenten vermittelt und spezielle Forschungen über gewisse Seiten des Problems angeregt werden. Besonders auch sollen von da aus Schritte bei den Organisationen und öffentlichen Behörden jedes Landes unternommen werden, behufs Vornahme von vergleichbaren Statistiken oder gleichgerichteten Arbeiten, sowie eventl. von Abkommen oder Verträgen über die Arbeitslosenfrage.

Die Errichtung dieser Zentralstelle ist zweifellos das Hauptverdienst des Pariser Kongresses. Denn wir wissen: der Widerstand gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt, die Redensart, daß die ausländische Konkurrenz diese Fortschritte zu einer Gefahr für die inländische Industrie mache, sind nur dadurch zu überwinden, daß man in allen Ländern gleichmäßig und gleichzeitig in gleicher Richtung vorstößt.

E. B.

Aus der Reichsversicherungs-kommission.

XI.

Von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hat die Kommission bereits die meisten Bestimmungen erledigt. Auch in der Weiterberatung hielten die bürgerlichen Parteien unbedingt daran fest, alle höheren Ausgaben für die Versicherten zu vermeiden. In arge Verlegenheit kamen sie bei demjenigen Paragraphen, der das vollendete 70. Lebensjahr als den Zeitpunkt festsetzt, von dem an die Altersrente gewährt wird. Die Sozialdemokraten hatten nämlich beantragt, daß die Altersrente bereits nach vollendetem 65. Lebensjahre dem Versicherten zugestanden werden soll. Alle bürgerlichen Parteien hatten sich bei den früheren Verhandlungen für eine derartige Verbesserung der Invalidenversicherung ausgesprochen; gerade die Sozialdemokraten hatten hierauf nicht das entscheidende Gewicht gelegt. Für sie kam in erster Linie in Betracht, den Bezug der Invalidenrente zu erleichtern. Aus diesem Grunde hatten sie ja auch den Antrag eingebracht, daß die Invalidenrente demjenigen Versicherten gewährt werden soll, der die Hälfte seiner Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat. Nachdem aber dieser Antrag abgelehnt worden war und demnach auch in Zukunft erst derjenige Arbeiter Anspruch auf Invalidenrente haben wird, der noch nicht einmal ein Drittel seiner Arbeitsfähigkeit mehr besitzt, hielten es auch die Sozialdemokraten für notwendig, wenigstens den Arbeitern über 65 Jahren den Bezug einer Rente zu erleichtern und aus diesem Grunde haben sie diesen Rentnern den Anspruch auf die Altersrente gewähren wollen. Die Regierungsvertreter rechneten aus, daß eine derartige Verbesserung der Invalidenversicherung deren Ausgaben ganz bedeutend steigern würde und das genügt den bürgerlichen Parteien, um im Widerspruch mit ihren bisherigen Versprechungen den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen. Dabei kam es zu einer sehr interessanten Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen und Regierungsvertretern auf der einen und den sozialdemokratischen Abgeordneten auf der anderen Seite. Die Sozialdemokraten hielten den Herren vor, daß sie ja sonst bei den Ausgaben für Militär, Marine und Kolonialpolitik gar nicht so ängstlich seien, dem arbeitenden Volk noch viel schwerere Lasten aufzuerlegen, als es bei der Verbesserung der Arbeiterversicherung geschehen sollte. Darauf konnten selbstverständlich die bürgerlichen Parteien keine Antwort geben. Die Antwort hierauf müssen eben die Arbeiter bei der nächsten Reichstagswahl geben.

Im weiteren bemühten sich die sozialdemokratischen Vertreter, auch die Bezüge der Hinterbliebenen zu verbessern. Bekanntlich soll die Witwenrente nur denjenigen Witwen der Versicherten gewährt werden, die bereits invalid im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes sind. Die Sozialdemokraten beantragten die Gewährung der Witwenrente an jede Witwe eines Versicherten. Sie wiesen darauf hin, daß durchaus nicht jede Witwe in der Lage ist, durch Erwerbsarbeit die Mittel für ihren Lebensunterhalt zu beschaffen, namentlich wenn mehrere Kinder vorhanden sind, die noch der Unterstützung bedürfen. Auch hier aber war für die bürgerlichen Parteien einzig und allein maßgebend, daß die Ausgaben für die Arbeiterversicherung nicht weiter erhöht werden können. Deshalb wurden die sozialdemokratischen Anträge sowohl auf Erhöhung der Witwenrente als auf Verbesserung der Waisenrente durchweg abgelehnt.

Wichtig waren dann die Verhandlungen über das *Heilverfahren*. Bekanntlich haben die Versicherungsanstalten das Recht, unter gewissen Umständen einen Versicherten in eine Heil- oder Erholungsanstalt zu schicken. Das können sie tun, wenn ein solches Heilverfahren notwendig erscheint, um eine vorhandene Invalidität des Versicherten wieder zu beseitigen, oder eine drohende Invalidität zu verhindern. Während nach dem geltenden Gesetz nur die unverheirateten Versicherten gezwungen waren, einer solchen Anweisung der Versicherungsanstalt in eine Heil- oder Erholungsanstalt Folge zu leisten, sollte dieser Zwang, in demselben Umfang wie es bei der Krankenversicherung bereits festgesetzt ist, auch auf die verheirateten Versicherten ausgedehnt werden. Dabei ist eine ganz ungenügende Versorgung der Familie des Versicherten vorgesehen. Die Versicherungsanstalten waren nun gezwungen, das habe Krankengeld zu gewähren. Wenn schon nach dem geltenden Gesetz die Versicherungsanstalten, obwohl sie dazu nicht gezwungen waren, aber auf Grund ihrer Erfahrungen von der ihnen eingeräumten Befugnis Gebrauch gemacht und die Familienunterstützung bis auf das Dreifache erhöht haben, so deshalb, weil sonst ein noch arbeitsfähiger Familienvater es nicht über das Herz bringen konnte, sich auf viele Wochen in eine Erholungsanstalt zu begeben und seine Familie mit der ganz ungenügenden Unterstützung im Stich zu lassen. Wenn die Versicherungsanstalten also das Heilverfahren bei verheirateten Versicherten überhaupt durchführen wollen, dann müßten sie den Familienvater durch eine höhere Rente veranlassen, der Aufforderung, sich in eine Heilanstalt zu begeben, nachzukommen. Daher verlangten die Sozialdemokraten, daß entweder der Zwang gestrichen, oder, was sie für das Bessere erklärten, die Familienunterstützung viel höher angesetzt werde.

Das Letztere wurde abgelehnt, daraufhin aber erreichten es die Sozialdemokraten, daß der Zwang in der Tat gestrichen wurde.

Gemeinden oder Gemeindeverbände können unter gewissen Umständen durch ihr Statut bestimmen, daß Renten bis zu zwei Dritteln nicht bar ausgezahlt, sondern *in Sachen* geleistet werden. Obgleich diese Bestimmung bisher sehr wenig angewendet worden ist, bestand die Regierung darauf, sie auch in die Reichsversicherungsordnung zu übernehmen, weil es doch Verhältnisse geben könnte, in denen eine derartige Unterstützung besser sei, als das bare Geld. Die Sozialdemokraten erreichten es, daß hier hinzugefügt wurde, daß die Sachleistung statt des baren Geldes nur mit Zustimmung des Berechtigten selbst zulässig ist.

Von großer Wichtigkeit sind die Bestimmungen über die Erneuerung der Anwartschaft auf die Leistungen der Versicherung. Der allgemeine Grundsatz für die Invalidenversicherung ist der, daß der Versicherte die Anwartschaft auf deren Leistungen verliert, wenn er innerhalb zweier Jahre weniger als 20 Wochenbeiträge entrichtet hat. Es soll aber den Versicherten möglichst erleichtert werden, den durch Verlust der Anwartschaft erlittenen Schaden wieder gutzumachen. Deshalb bestimmt das Gesetz, daß die Anwartschaft unter gewissen Umständen wieder auflieft. Das alte Gesetz unterschied hierbei, ob der Betreffende bereits 100 Marken aus Versicherungspflichtiger geklebt hatte oder nicht. Wenn ja, dann erlangte er bei Erneuerung der Versicherung die Anwartschaft wieder, sobald er 200 Wochenbeiträge entrichtet hatte. Das neue Gesetz beabsichtigte dagegen die Aenderung, daß nur der Zwangsversicherte das Recht haben sollte, die Versicherung zu erneuern. Ein Arbeiter z. B., der als Lehrling und Geselle die Marken für die Invalidenversicherung geklebt hatte, dann aber als selbstständiger Meister durch Jahre das nicht getan und dadurch seine Anwartschaft auf die Leistungen verloren hatte, sollte in Zukunft überhaupt gar nicht berechtigt sein, die Anwartschaft neu zu erwerben, wenn er nicht etwa wieder als Lohnarbeiter arbeiten würde. Die Sozialdemokraten bekämpften dies als eine Ungerechtigkeit, denn es gibt viele Fälle, daß ein Handwerker mit vollem Recht annehmen konnte, daß er bei seinem gutgehenden Geschäft gar nicht auf die minimalen Leistungen der Invalidenversicherung angewiesen sein würde und daß diese Handwerker später in die traurigsten Verhältnisse gelangen und dann genau so der Invaliden-Altersrenten bedürftig sind wie die Lohnarbeiter. Darum verlangten die Sozialdemokraten die Möglichkeit für den selbständigen Kleinunternehmer, die Anwartschaft von neuem zu erwerben. Die Regierungsvertreter bekämpften diesen Vorschlag sehr entschieden, weil öfters gewisse Kleinmeister absichtlich viele Jahre hindurch keine Invalidenversicherungsbeiträge entrichtet hätten und erst im späteren Alter, wenn sie für die nächste Zukunft auf Invalidenrente rechnen müssen, die Versicherung wieder erneuern. Eine solche Ausbeutung der Versicherung auf Kosten der ärmsten Arbeiter müsse verhindert werden. Auch diese Möglichkeit hatte der sozialdemokratische Antrag berücksichtigt, indem er das Wiedererwerben der Anwartschaft davon abhängig machte, daß mindestens wieder 500 Beitragsmarken von den Kleinunternehmern geklebt werden, d. h. daß diese die Anwartschaft frühestens in 10 Jahren erlangen konnten. Bei einer so langen Zeit ist eine derartige Spekulation ausgeschlossen. Die Freisinnigen verlangten, daß in derartigen Fällen die Kleinunternehmer die Anwartschaft nach 200 Beitragswochen, also in 4 Jahren erlangen sollen. Die Kommissionsmehrheit lehnte jedoch beide Anträge ab; sie gab allerdings den Kleinunternehmern das Recht, die Versicherung zu erneuern, aber bedingungslos nur bis zum vollendeten 40. Lebensjahr. Nach Ueberschreitung dieses Alters soll die Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung nur dann auflieben, wenn vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Beitragsmarken geklebt wurden. Außerdem soll der Betreffende dann eine Wartezeit von 500 Beitragswochen zurücklegen, bevor er die Anwartschaft auf die Leistungen der Versicherung wieder erlangt hat. Es wird aber sehr häufig vorkommen, daß der Kleinmeister in früheren Jahren nicht 500 Marken geklebt, also 10 Jahre lang beigetragen hat, weil er sich früher selbständig machte. Viel schlimmer noch aber ist die von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum aufgestellte Bedingung für Kleinmeister, die das 60. Lebensjahr vollendet haben; denn diese sollen die Versicherung nur dann erneuern können, wenn sie nicht weniger als 1000 Beitragsmarken verwendet hatten, d. h. nicht weniger als 20 Jahre lang beigetragen haben. Es ist bezeichnend, daß eine derartige Verhöhnung der Kleinmeister gerade von jenen beschlossen worden ist, die sich bei den Wahlen und sonstigen Gelegenheiten als die Retter des Mittelstandes vorstellten.

Bei der Festsetzung der Rentenbeträge hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß durchweg alle Posten für die Berechnung der Renten verdoppelt werden sollten, dementsprechend traten sie auch für die Verdoppelung der Beiträge ein. Sie wiesen nach, daß die jetzigen Leistungen der Versicherungen völlig ungenügend sind und daher oft genug die Armenpflege einsetzen muß. Da sei es für die Arbeiter ein Fortschritt, wenn sie höhere Beiträge be-

zahlen, dafür aber auch eine einigermaßen auskömmliche Entschädigung erlangen. Bei allen Parteien fand dieser Antrag Widerspruch und immer wieder deshalb, weil dadurch unser Erwerbaleben zu sehr belastet werden würde. Die Sozialdemokraten machten darauf den Vorschlag, daß wenigstens die Beiträge und Leistungen in den höheren Lohnklassen gleichmäßig gesteigert werden sollten; denn sowohl nach dem geltenden Gesetz, wie nach der Vorlage sind Beiträge und Leistungen für die Arbeiter der höheren Klassen verhältnismäßig geringer als für die Arbeiter der untersten Lohnklassen. Aber auch den Antrag, daß nur die Arbeiter der höheren Klassen mehr zahlen und dafür auch mehr erhalten sollen, lehnte die Mehrheit ab. Der einzige Erfolg dieser Bemühungen war, daß das Zentrum die Hand dazu bot, wenigstens die Invalidenrente etwas zu erhöhen. Das Zentrum beantragte, daß dem Empfänger der Invalidenrente, der Kinder unter 14 Jahren habe, die Rente pro Kind um ein Zehntel erhöht werden soll, bis zum 1/2fachen Betrag der Invalidenrente. Diese Verbesserung ist allerdings sehr gering. Das Zentrum, das so freigiebig ist bei den indirekten Steuern sowie bei den Ausgaben für Militär, Marine und Kolonialpolitik, hätte unbedingt für eine größere Erhöhung der Renten eintreten müssen, wenn es Rücksicht auf die Arbeiter genommen hätte. Die Sozialdemokratie trat immerhin für diese Erhöhung ein und so gelang es denn auch, den Arbeitern wenigstens diesen kleinen Fortschritt zu verschaffen.

Erfreulich ist der Erfolg der Sozialdemokraten bei der Bestimmung, die sich auf die Entziehung der Invalidenrente bezieht, die nach dem geltenden Gesetz wie nach der Vorlage dann eintreten soll, wenn der Rentempfänger infolge einer Veränderung in seinen Verhältnissen nicht mehr invalid ist. Auf Grund dieser Bestimmung ist Invaliden die Rente schon entzogen worden, wenn ein Arzt die Erwerbsfähigkeit etwas höher als auf ein Drittel einschätzte. Eine derartige Schätzung ist aber niemals genau zu machen und deshalb kommen hierbei die schlimmsten Ungerechtigkeiten vor. Die Sozialdemokraten beantragten daher, daß für die Rentenentziehung nur eine *wesentliche* Aenderung in dem Zustand des Rentenbezieher maßgebend sein kann. Dieser Antrag wurde angenommen und hoffentlich wird er in der Praxis jene sehr schweren Ungerechtigkeiten für die Zukunft verhindern.

c. b.

Briefkasten der Redaktion.

H. R., N. Dein Wunsch konnte leider nicht mehr berücksichtigt werden. Gruß! — J. B., L. Platzierung in der vorigen No. war nicht möglich. Gruß! — M. R., N. Ließ sich, wie Du aus dem Inhalt dieser No. ersehen wirst, beim besten Willen nicht mehr machen, kommt aber doch auch nächste Woche noch zurecht. Gruß! — K. S., N. Die Firma muß Sie in der Ortskrankenkasse anmelden, die für die Mehrheit der Arbeiter des Betriebs zuständig ist. Das ist jedenfalls in bezug auf Ihre Anstalt die O.-K.-K. der Fabrikarbeiter.



Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Schulung zum Kampf.

Die Generalversammlung ist vorüber und das Interesse, das sich ihr zuwandte, im Schwinden begriffen. Es beginnt ein neuer Abschnitt in unserem Verbandsleben, sofern eine Generalversammlung als Anfang eines solchen betrachtet werden darf. Jetzt, nachdem durch das Statut die formelle, äußerliche Gestaltung unseres Verbandes festgelegt ist, gilt es, an der geistigen Vertiefung der Mitglieder zu arbeiten. Nicht nur zahlende, sondern bewußt vorwärtsdrängende Kollegen müssen wir haben. Es ist die hehrste Aufgabe eines prozentual so gut organisierten Verbandes wie des unsrigen, die Mitglieder systematisch zu Klassenkämpfern zu erziehen.

Bisher war der Erfolg in dieser Beziehung gering. Die Kollegen hatten im allgemeinen wenig Interesse am Verbandsleben. Versammlungen wurden schlecht besucht, der wertvollste Teil der »Graph. Presse« nicht gelesen. Jeder Vertrauensmann weiß das. Auch das Zutrauen der Kollegen zueinander war nicht so, wie es sein mußte. Ein Kollege, der beruflich und geistig vorwärts zu kommen sich bemüht, wurde als Streiber betrachtet und als egoistisch; und schließlich übertrug man diese Eigenschaften auf die Funktionäre des Verbandes. Es bildete sich eine innergewerkschaftliche Unzufriedenheit.

Die Gründe sind nicht schwer zu erkennen: Die Gewerkschaft bot nicht das, was man von

ihr erhoffte; die Verbesserungen waren unmerklich. Die Gewerkschaftsbewegung ist hervorgerufen zum Schutze der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Nur auf dem Boden des modernen Kapitalismus sind die modernen Gewerkschaften entwicklungs-fähig. Der Kapitalistenklasse tritt die Gewerkschaft als Verkäuferin der Ware Arbeitskraft gegenüber und fordert für diese Ware einen möglichst hohen Preis, d. h. Arbeitslohn. Die Höhe des Preises einer Ware richtet sich aber nach Angebot und Nachfrage. Ist das Angebot groß, so sinkt der Preis, und umgekehrt. Und das Angebot ist groß, das sehen wir an unseren hohen Arbeitslosenziffern. Diese sind aber gleichbedeutend mit schlechtem Geschäftsgang, und dieser lähmt unser Streben nach Verbesserung der Lebenslage. Dieser Zustand dauert oft Jahre und Unstimmigkeiten unter den Kollegen treten ein. Aber es ist verkehrt, wie man es häufig findet, die Funktionäre für diese Unstimmigkeiten verantwortlich zu machen. Gewiß sagt man, ihre einigermaßen gesicherte Stellung beeinflusse ihr Denken derart, daß ihr revolutionärer Elan entschwindet. Aber ihr langjähriges Verwachsen mit dem Proletariat läßt diese Deutung nicht unbedingt gelten. Was wir den Kollegen klar machen müssen, ist der oben geschilderte Charakter der Gewerkschaftsbewegung. Gerade unser Beruf, dessen Angehörige meist dem Kleinbürgertum entstammen und seine verknöcherten Ideen mitbringen, braucht eine intensive, prinzipielle Aufklärung. Das Wesen des Kapitalismus und das, was nach ihm kommt, muß den Kollegen gelehrt werden. Wenn hier die Führer versagen, hätten sie aufwallende Mißbilligung mit Recht verdient.

Der ewig unsichere Zustand für uns als Wirtschaftsmenschen müßte unser Denken schon so weit umgekrempt haben, um die Nurgewerkschafterei als unzulänglich zu erkennen. Der jetzige Zustand, wo jeder größere Streik einen politischen Hintergrund hat, bringt uns zu der Erkenntnis, daß wir uns in einer sozialen Revolution befinden, wo tatsächlich der Kapitalismus seine schärfsten Waffen gebrauchen muß, um sich gegen den hereinbrechenden Sozialismus zu verteidigen. Die hohe Bedeutung dieses Kampfes jedem Kollegen beizubringen, ist nichts geeigneter, als die *Pflege der Theorie* dieses Klassenkampfes. Die Theorie wird Klarheit schaffen über den Weg der Entwicklung und über die Kampfstellung, in die das Proletariat durch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse hineingedrängt wird. Die Kollegen müssen sich bewußt werden der historischen Aufgabe, die der Arbeiterklasse gestellt ist. Studium des historischen Materialismus, der marxistischen Theorie und der Geschichte sei das Ziel aller derer, die idealistisch genug sind, mehr als ein flüchtiges Interesse an der Sache des Proletariats zu haben.

Allerdings sind die Kollegen schwer für theoretische Lektüre zu gewinnen. Viel ist hierin schon geleistet worden, in Versammlungen und in der »Graph. Presse«. Und doch so wenig Erfolg! Neue Vorschläge sind auch schwer zu machen, die hier anzudeutenden sind nur ein wenig modifiziert. Die Forderung, die wir an die Kollegenschaft richten, will daher nur, daß *mehr systematisch* gearbeitet werden soll. Arbeiten nach einem System, nach einem wohlwollenen Plane ist das Geheimnis eines jeden Erfolgs. Und diese Methode müssen auch wir anwenden. Es gehört dazu nicht mehr als ein bisschen Energie und guter Wille befähigter Kollegen.

In wenigen Strichen unsere Methode!

Wir sind uns einig, daß Versammlungsvorträge *allein* nicht mehr genügen. Viele Kollegen kommen gar nicht in die Versammlung, auch bleibt das Gehörte nicht dauernd im Gehirn haften. *Wir müssen aber alle Kollegen anklären!* Daher ist eine Arbeitsteilung auf diesem Gebiete notwendig. Der Vertrauensmann oder sonst ein intelligenter Kollege ist jetzt der arbeitende Mann. Natürlicherweise

verfügt er über mehr proletarische Kenntnis wie die andern und muß auch bestrebt sein, sein Wissen noch mehr zu erweitern. Ihm fällt die Aufgabe zu, die Kollegen zu belehren; und kann er es nicht allein, so wird er mit gleichgesinnten und gleich intelligenten *gemeinsam* vorgehen und indifferente Kollegen »bearbeiten«. Beim Spaziergang, beim Frühstück usw. bietet sich Gelegenheit genug. Lehrreiche Artikel läßt man zirkulieren; sie geben Anlaß zu einer Unterhaltung, und dabei wird mancher Kollege neue Ansichten hören, die er ergreift und geistig verarbeitet. Eine derartige Unterhaltung fördert den geistigen Kontakt der Kollegen, sie werden unbemerkter zur Mitarbeit erzogen und gewinnen Interesse an der Arbeiterbewegung. Vor allem vermeide man abstoßendes Gebahren, denn es ist leider Tatsache, daß mancher begabte, aber feinfühlende Kollege dadurch von jeder Arbeit zurückgehalten wird. Hat man so genügend vorgearbeitet, und zwar systematisch in einer ganzen Zahlstelle, dann kann man an die Gründung eines Diskutierzirkels gehen, wo die weitere Ausbildung vor sich gehen kann.

Soweit die Fingerzeige. So einfach sie aussehen, bergen sie doch eine gewaltige Arbeit in sich. Konsequenter durchgeführt wird unsere Kollegenschaft langsam, aber sicher in die Gesellschaftswissenschaft eingeführt, der herrliche Schatz an Partei- und Gewerkschaftsliteratur wird allmählich seiner Bestimmung zugeführt: einzudringen in die Köpfe der Arbeiter. Dann werden die jetzigen Mißstimmigkeiten verschwinden. Die Führer haben eine geschulte Arbeiterschaft hinter sich, die mit tieferem Einblick als bisher kämpfen wird, wie andererseits die Mitglieder jederzeit in der Lage sind, durch sachkundige Kritik etwaige Irrungen der Funktionäre zu verhindern. Das Wort von der »urteilslosen Masse« wird dann keine Geltung mehr haben.

Und nun an die Arbeit! Jeder Vertrauensmann, jeder ernsthafte Kollege muß es sich zur Ehre anrechnen, mit Gleichgesinnten zu beraten, wie vorgegangen werden soll. Es ist an der Zeit! Unsere Gegner arbeiten insgeheim mehr, als wir ahnen. Die verpönte Agitation »von Mund zu Mund« empfiehlt jetzt sogar die Kreuzzeitung. Alles regt sich! Seien wir nicht müßig! Es ist kein Verteidigungskampf, den wir führen, sondern ein Angriffskampf. Nicht unsere Existenz steht auf dem Spiel, sondern es gilt, Bahn zu machen für freiheitliche Zustände. Wir kämpfen um Schönheit und Licht, um Kultur und Lebensfreude. Das erhöhe unsern Mut! Wer mag bei einem solchen Kampfe hinter der Front bleiben? Keiner! Tue jeder seine Pflicht!

e. s.

Aus einer christlichen Firma.

Hurra! jetzt kanns nicht mehr fehlen. Der im Kampf stehenden Arbeiterschaft der christlichen Firma Josef Müller in München, Heiligenbilderfabrik, ist ein großes Heil wiederfahren! Die an und für sich schon günstige Position der Kämpfenden hat eine nicht unwesentliche Stärkung erhalten: Der Segen des heiligen Stabes ist mit ihnen. — Und das ging so zu: Herr Müller, sonst ein kluger Geschäftsmann, der selbst die Christlichkeit in praktischer Weise zu werten weiß, hatte eine Romfahrt unternommen. Mit Empfehlungsschreiben hinlänglich versehen, dampfte er ab. Eine Audienz bei dem Nachfolger Petris ist aber doch keine so einfache Sache. Das zeigte sich auch hier. Trotz der guten Empfehlungen unüberwindliche Schwierigkeiten! Der heilige Stuhl war gerade mit der Ausarbeitung der Barromäus-Enzyklika stark beschäftigt; so war eine persönliche Rücksprache mit dem heiligen Vater nicht möglich. Doch es waren Verbindungen angeknüpft. Denn auch manche Prälaten sollen für Geld und gute Worte zu gewinnen sein. Herr Müller trottelte also wieder zurück nach München.

Aber einige Zeit darnach kam die Firma glücklich in den Besitz des folgenden Schreibens aus dem Vatikan:

»Es gereicht mir zu besonderer Freude, Ihnen mitteilen zu können, daß Se. Heiligkeit Pius X. Ihre Bilderkollektion huldvollst entgegen zu nehmen geruhte. Der hl. Vater fand die Bilder sehr schön und ersah mit Genugtuung, daß Sie durch Ihre Produktionen der Andacht der Gläubigen nicht unerhebliche Dienste leisten.

Als Zeichen besonderer Huld sendet Se. Heiligkeit sowohl Ihnen als auch Ihrer geschätzten Familie

lassen wir uns doch wohl die Hände nicht weiter binden.

Was aber nun? Nach zt. müssen die Kollegen jetzt alle Fragen, die ihr Herz bedrücken, immer und immer wieder besprechen und ihre Wünsche der Zentralkommission zur Sammlung und Verarbeitung übermitteln, die dann schon den richtigen Weg finden wird.

Nun, dieser Gedankengang kann mir nicht gefallen. Ich denke, zu derlei Experimenten sind die Zeiten zu ernst. Die Mitglieder der Zentralkommission sind durch das Vertrauen der Berliner Kollegen in ihre Ämter berufen und die Kritik richtet sich nicht gegen die einzelnen Personen, sondern gegen die bisher geübte Taktik der Kommission.

Wozu aber sollen wir uns jetzt über unsere materiellen Wünsche unterhalten und damit die von der Lichtdruckerkonferenz in Halle am 12. September 1909 geleistete Arbeit ignorieren? In ca. 200 Anträgen, die sich größtenteils auf die materielle und ideale Besserung der Berufsfrage bezogen, lagen dieser Konferenz die Wünsche der deutschen Kollegenschaft vor und in einer den Teilnehmern wohl stets in Erinnerung bleibenden Dauersitzung einigten sich die Delegierten auf die dann später beim Tarifamt eingereichten Anträge, die, soweit mir bekannt ist, überall die Zustimmung fanden, d. h. soweit die Gehilfen in Betracht kommen. Das damals für notwendig Erachtete ist doch aber nicht

etwa altes Eisen geworden, weil uns ein Tarifabschluß nicht möglich war!

Wenn demnach aber die Forderungen der Kollegenschaft feststehen, so kann doch die jetzt zu diskutierende Frage nur lauten: Wie setzen wir nunmehr ohne Tarif unsere Forderungen durch?

Drei Möglichkeiten bieten sich m. E. 1. Wir können durch Kampf auf der ganzen Linie einen neuen besseren Tarif anstreben; 2. Abschluß von Lokaltarifen und 3. Aufstellung von Normalarbeitsbedingungen, die jedem Unternehmer einzeln zur Anerkennung unterbreitet werden.

Aus diesen und vielleicht noch anderen Möglichkeiten den für uns gangbaren Weg zu finden, kann und darf aber nicht der Zentralkommission überlassen bleiben, sondern dafür ist einzig und allein eine Lichtdruckerkonferenz kompetent.

Je eher wir uns in der Gesamtheit einig sind über unsere nächsten Schritte, um so besser für uns. Jedes Zögern könnte uns später noch reuen.

Ergreift die Zentralkommission die Gelegenheit, unterbreitet sie den Kollegen das nötige Material zur Diskussion und beruft sie baldigst eine Konferenz, dann brauchen wir keinen Appell an die mißgestimmten Kollegen, mit Freuden werden alle zur Stelle sein und Schulter an Schulter mit ihrer Zentralkommission ihren Mann stellen im Kampf um die Sicherung und Besserung unserer Lage. H. A.

Aus den Sektionen.

Magdeburg (Lichtdr.) In einer Branchenversammlung der Lichtdrucker referierte Kollege Müller-Leipzig über Tariffragen. Er gab in seinem interessanten Vortrag einen Rückblick auf die Entwicklung unseres Berufes in den letzten Jahren und beleuchtete besonders die Wirkungen und den Stand unseres jetzigen Tarifes. Sehr treffend schilderte

er hierbei auch die fortgesetzten Versuche der Unternehmer zur Umgehung des Tarifes und die oft einseitige Rechtsprechung des Tarifamtes bei Streitfällen. Des Ferneren gab er die bis jetzt mit dem Lehrlingskala gemachten Erfahrungen zum Besten. In seinem Schlußwort betonte er besonders die Notwendigkeit des Zusammenhaltens, auch wenn nach Ablauf des Provisoriums kein neuer Tarif zustande kommen sollte. In der Diskussion sprach man sich für den letzteren Fall für Ortstarife aus. Folgende Resolution wurde eingebracht und gelangte zur einstimmigen Annahme: »Die Lichtdrucker Magdeburgs verlangen energisch, daß der Beschluß der Berliner Tarifausschußsitzung vom Januar 1910, diesen Monat eine Ausschußsitzung stattfinden zu lassen, in Wirksamkeit tritt. Der Kreisvertreter wird beauftragt, diesbezüglich Schritte bei der Geschäftsstelle des Tarifamtes in die Wege zu leiten.« Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Feuilleton.

Eingänge.

Tierschutz-Kalender 1911. Herausgegeben vom Berliner Tierschutzverein und Deutschen Lehrertierschutz-Verein. (Berlin SW. 11, Königgrätzerstraße 11.) 48 Seiten.

Der Bibliothekar. Monatsschrift für Arbeiterbibliotheken. 2 Jahr., No. 10. Redaktion und Verlag: Leipzig, Tauchaerstr. 19-21. Preis bei freier Zustellung 50 Pf. vierteljährlich.

Stellenangebote
Tücht. Retuscheure u. Autoätzer gesucht.
1,80] W. Girardet, Essen-Ruhr.

Mehrere [3,30
la Farbenätzer-Fertigmacher
werden gesucht von
Graph. Kunstst. »Zorza«, Krakau, Krzyzagasse 7.

Wir suchen einen tüchtigen, mit Emulsion durchaus vertrauten [5,-
Repr.-Photographen
in dauernde Stellung. Offerten mit Zeugnisabschr. u. Gehaltsanspr. an
Brend'amour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.

Technisch sicheren und künstlerisch empfindenden Mitarbeiter von guten Umgangsformen biete ich dauernde Position in meinem Spezial-Geschäft. Ich reflektiere entweder auf Spezialist für Gemälde-Reprod. und kunstgewerbliche Arrangements, oder auf solchen für Interieurs und Architekturen.
Nur Herren, die hervorragendes leisten, wollen sich unter genauer Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit, Nennung von Referenzen und Bildeinsendung melden. [10,20
MAX FISCHER, Photograph, DRESDEN-A. 9.

Stellengesuche
Tüchtiger Photograph
für Schwarz und Farbig sucht sich zu verändern. Werte Offerten erb. an
E. Bräkling, Chemnitz, Annenstr. 2, II.

Jg. perfekt. Strichphotograph,
auch im Kopieren u. Auto mit Emulsion erfahren sucht per 1. November Stelle.
F. Bitterscheidt, Essen W., Altedshof 242.

Reproduktions-Photograph
für Strich u. Auto, Kopieren sow. Außen-Interieur u. gewerb. Aufn. etc. sucht sofort geeigneten Posten in kleinem Betrieb oder als zweiter Operateur für Autotypie. Gegend gleich. Gef. Angeb. erbittet **Kurt Goeddecke, Berlin C., An der Fischerbrücke 2, I.** [1,20

Ein geschickter
Dreifarbenätzer
und ein tüchtiger **Autoätzer**
für amer. Retusche zum sofortigen Eintritt gesucht. Briefe mit Gehaltsansprüche, Zeugnisabschr. und Arbeitsproben an [3,30
Wald. Zachrissons Reprodukt.-Atelier, Göttingen (Schweden).

Autotypie-Photograph,
junge, tücht., arbeitsfreudige Kraft, gesucht. Gef. Angeb. an **Carl Schütte, Berlin W. 66** erbeten. [2,40

Perfekter Strichätzer,
in Auto gut bew., Umdrucker feinsten Strichsachen, 32 Jahre alt, sucht per sofort dauernde Stellung. Offerten erbeten an **K. Petersen, Hamburg-Barmbeck, Heitmannstr. 22, pt.** [1,50

Schwarz-Weiss-Zeichner (Lithograph), moderner gewandter Arbeiter, sucht sofort neuen Wirkungskreis. Offerten erbeten an **J. F., Köln a. Rh., Brunostr. 21 III.**

Jüngerer Nachschneider f. Strich und freistehende Autos, welcher auch im Fräsen u. Montieren mit eingerichtet ist, sucht per sofort Stellung. Werte Offerten erb. an **K. Winkler, Frankfurt a. M., Rotlinstr. 13, pt.** [1,-,90

Perfekter Strichätzer,
in Auto gut bew., Umdrucker feinsten Strichsachen, 32 Jahre alt, sucht per sofort dauernde Stellung. Offerten erbeten an **K. Petersen, Hamburg-Barmbeck, Heitmannstr. 22, pt.** [1,50

Chiffre-Inserate
finden auch unter der Rubrik Stellen-gesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr
Die Expedition.

Verschiedenes
Lufikus AR
Einstell-Vorrichtung
Die besten Spritzapparate liefert
Leipziger Tangler-Manier, Alexander Grube, Leipzig 4, Talstr.

Porträts
Rohvergröß. auf Zeichenpapier.
Papiergröße aufgezogen
35x45 cm 1,30 Mk., 1,50 Mk.
40x50 cm 1,50 Mk., 1,75 Mk.
50x60 cm 2,25 Mk., 2,60 Mk.
usw. bis 100 cm. Passepartouts vorrätig.
Paul Phemel, Frankfurt a. O., 1,80] Bergstraße 54.

Karl Rettig's Zinkdruck-Aetze
ermöglicht ein tadelloses : : Drucken von Zink : :
Berlin S. W. 29, Solms-Straße 30.

1,65] **„Matt-Lack“.**
Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,- gegen Nachnahme.
F. Hantke, Maschinenmeister, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60.

Geschmackvolle Entwürfe
zu **Maifonds-Marken** (45 x 32 mm) u. **Maifeiler-Eintrittskarten** (150 x 100 mm) kaut
Conrad Müller, Schkeuditz.

Feuchte Umdruck-Papiere
„Zelluloid“ und „Neues Grauflecht“, nicht quetschend, für Stein, Metallplatten und Raster, empfiehlt in Schutzpackung »D. R. G. M. 2889677.«
Carl Mohwinkel, Hannover, Lithographiesteine und Artikel für die Druckindustrie.

Fachliteratur.
Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.
Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Der Aluminiumdruck (Algraphie).
Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Technischer Ratgeber für die Fabrikation von bedruckten Blechballagen und Plakaten.
Von H. Bucher. Preis inkl. Porto 2,10 Mk.

Senefelders Lehrbuch der Lithographie und des Steindruckes vom Jahre 1821.
Preis inkl. Porto für Verbandsmitglieder 3,50 Mk., sonst 6,- Mk.
Zu beziehen durch
Conr. Müller, Schkeuditz.

Verbandsnachrichten
Achtung! Mitgliedsch. Zittau.
Die Adresse des Kass. und Unterstützungsauszahlers ist: **K. Haut, Kasernenstr. 67, I.** Das Auszahlen der Unterstützungen finden mittags von 12-1 Uhr und abends von 5-7 Uhr statt. [1,20] **Die Verwaltung.**

Achtung Mannheim!
Diejenigen Zahlstellen, welche über den Lithogr. **F. Warth**, ausgeschlossen auf der Generalversammlung in Hamburg, von demselb. gegen die Verbandsinteressen verstößende Handlungen uns näheres mitteilen können, werden um Angaben gebeten. [1,50] **Die Verwaltung.**

Heinrich Stegmaier, Lithograph, Buch-No. 28453
wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Mitgliedsbuch befindet sich in unseren Händen. **Mitgliedsch. Nürnberg. 1,05] Lithographen-Filiale.**

Kassierer und Auskunftserteiler ist Gustav Lochstampfer, Magdeburg, Immermannstr. 10, II.

Um Angabe der Adressen des Lithographen **Jos. Folbrecht**, zuletzt in Berlin SW., Reichenbergerstr. wohnhaft, ferner des Steindruckmaschinenmeisters **Jindra**, 1906-1907 in Altwasser i. Schl. in Stellung, sowie des Steindruckers **Otto Keil** aus **Breslau** werden die Kollegen sowie die Zahlstellenvorstände ersucht, Mitteilung zu machen an [1,80] **P. Nitschke, Breslau, Matthiasstr. 104, III.**